

Kampf um Mittel: Salzburgs Gemeinden fordern finanzielle Perspektiven!

Der Artikel beleuchtet die finanziellen Herausforderungen der Gemeinden in Salzburg, insbesondere im Bereich der Ganztagsbetreuung für Kinder, und fordert eine langfristige Lösung vom Bund.

Salzburg, Österreich - In Salzburg steht die Kinderbetreuung vor einer ernsthaften finanziellen Krise! Einmal erhielt das Land von der Bundesregierung 100 Millionen Euro für die Ganztagsbetreuung, doch diese Unterstützung ist nun versiegt. Aktuell stehen lediglich 33 Millionen Euro zur Verfügung, wie orf.at berichtet. Von den mehr als 9.000 betreuten Kindern im gesamten Bundesland sind rund 3.300 in der Stadt Salzburg. Der Bürgermeister Bernhard Auinger (SPÖ) warnt vor den Rückgängen im Budget in Höhe von 7,5 Millionen Euro: "Das ist keine Dauerlösung! Sollte der Bund nicht endlich handeln, wird die Nachmittagsbetreuung teurer werden." Es ist ein alarmierendes Zeichen! Während die Kommunen viel in den Ausbau der Angebote investieren, steht die finanzielle Belastung auf der Kippe.

Diese Situation ist nicht nur ein lokales Problem. Auch die 2.093 Städte und Gemeinden des Landes kämpfen mit erheblichen finanziellen Herausforderungen. Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl machte deutlich, dass die Gemeinden mehr Geld benötigen, um die schnell steigenden Ausgaben für Kinderbetreuung und Gesundheitsservices zu bewältigen. "Bauund Personalkosten steigen kontinuierlich, und wir brauchen eine nachhaltige Finanzierung", sagt Riedl und fordert eine Reform der Grundsteuer, um die Einnahmen langfristig zu sichern. Diese waren bereits Thema in den vergangen FAG-

Verhandlungen, doch es fehlen klare Fortschritte, berichtet **kommunal.at**.

Dringender Handlungsbedarf in der Kinderbetreuung

Ein Beispiel für die angespannte Lage bietet die Kinderbetreuung: Zwar fließen 200 Millionen Euro jährlich durch die 15a-Vereinbarung des Bundes, doch das reicht nicht aus! Die Gemeinden brauchen eine langfristige finanzielle Perspektive, um der ständig wachsenden Nachfrage gerecht zu werden. Riedl verlangt klare Zuständigkeiten für die Erhaltung der Schulen und schlägt vor, dass alle Personalkosten zentral finanziert werden sollten. Der Druck auf die Kommunen steigt unaufhörlich!

Details	
Vorfall	Finanzmarkt
Ort	Salzburg, Österreich
Quellen	salzburg.orf.at
	 kommunal.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at